

adoptée à l'unanimité par la commission, il ne m'appartenait pas forcément de prendre la parole. Donc, j'aimerais bien que l'on n'interprète pas ce silence comme une approbation, comme un soutien à la proposition Heberlein, même si, effectivement, on dit en français: «Qui ne dit mot consent.»

La proposition Heberlein est certainement inspirée par l'idée qu'il ne faudrait pas un système trop rigide, qu'un coup de frein, lorsqu'il dure trop longtemps, finit par créer peut-être des effets pervers – c'est dans ce sens-là qu'elle l'a présentée –, mais malheureusement elle crée un autre effet pervers. Elle fait croire que l'on pourrait dans un court laps de temps apporter des démonstrations qui seraient nécessaires à un tel changement de tarif. Or, ce type de démonstrations ne peut pas être effectué à la légère, ni facilement.

Sur le plan de l'application, nous considérons qu'il est impossible, dans le cadre limité de cet arrêté, d'apporter la preuve de la neutralité des coûts par des partenaires tarifaires qui demanderaient à ne pas y être soumis. Il faudrait en effet pouvoir démontrer concrètement qu'un type de prestations ambulatoires, par exemple une opération de la main, n'est plus pratiquée en milieu hospitalier. Ceci nous paraît très problématique.

Dans ce sens-là, il vaudrait mieux se rallier au projet du Conseil fédéral, limiter les modifications au minimum et ne pas introduire pour une année seulement – je l'espère – une clause aussi compliquée que celle proposée par le Conseil national.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	20 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	15 Stimmen

#### Art. 2 Abs. 2, Art. 9 Abs. 4, Ziff. II

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 2 al. 2, art. 9 al. 4, ch. II

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

#### Angenommen – Adopté

#### Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	35 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------	--------------------------------

#### An den Nationalrat – Au Conseil national

93.094

## Erhöhung des IV-Beitragssatzes. Bundesgesetz

### Augmentation du taux de cotisation de l'Al. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 29. November 1993 (BBl 1994 I 1)  
Message et projet de loi du 29 novembre 1993 (FF 1994 I 1)

Beschluss des Nationalrates vom 16. Juni 1994  
Décision du Conseil national du 16 juin 1994

#### Antrag der Kommission

Eintreten

#### Proposition de la commission

Entrer en matière

**Onken** Thomas (S, TG), Berichterstatter: Die Invalidenversicherung steht unter ganz enormem Druck. Die Kosten steigen mit besorgniserregender Dynamik, und zwar sowohl bei den

Renten als auch bei den Sachleistungen. Von 1988 bis 1992 sind die Ausgaben der Invalidenversicherung um 47 Prozent in die Höhe geschneit: von 3,574 auf 5,251 Milliarden Franken. Die Einnahmen haben damit nicht Schritt gehalten; sie nahmen nur um 39 Prozent zu. Und die Schere öffnet sich weiter. Einerseits wird die beitragspflichtige Lohnsumme nur mässig wachsen, andererseits ist eine einschneidende 5prozentige Kürzung des Bundesbeitrages an die Invalidenversicherung zu verkraften. Eine letztlich sehr verhängnisvolle Entwicklung also – verhängnisvoll, zumal die Beanspruchung dieser Sozialversicherung laufend wächst.

Der enge Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Rezession ist dabei evident. Die hartnäckige Arbeitslosigkeit schlägt auf die Invalidenversicherung durch. Vorab ältere, mehr und mehr aber auch jüngere Erwerbslose, Langzeitarbeitslose natürlich vor allem, werden invalidisiert und der IV überwiesen. Einmal mehr zeigt es sich, dass unsere Sozialversicherungszweige wie ein System von kommunizierenden Röhren zusammenhängen. Die schnelle Sanierungsmassnahme hier, die vermeintliche Einsparung dort schlagen sich handkehrum an anderen Orten nieder und führen dort fast sachzwangmässig zu Mehrausgaben. Wir müssen – dies nebenbei bemerkt – in der Sozialpolitik, auch in der Sozialpolitik, unser enges Spartendenken aufgeben und endlich zu einer zusammenhängenden, übergreifenden Optik finden.

Wer die finanziellen Schwierigkeiten der Invalidenversicherung beklagt, wird aber auch vor anderen Implikationen die Augen nicht verschliessen dürfen, etwa vor der schieren Unmöglichkeit, Arbeitsplätze für Behinderte zu finden und also den Grundsatz «Eingliederung vor Rente» in einer Zeit wie dieser einzulösen, oder vor der Erschwernis der geschützten Werkstätten, aus der Wirtschaft Aufträge und Arbeit hereinzuholen und damit eine einigermaßen sinnerfüllte Beschäftigung für die behinderten Menschen aufrechtzuerhalten.

Die Organe und Institutionen der Invalidenversicherung sehen sich zudem einem erhöhten organisatorisch-administrativen Aufwand und wachsenden Anforderungen an Beratung, an Betreuung und an Begleitung gegenüber. Was Wunder also, dass die Kosten aus dem Ruder laufen? Vielleicht ist dies der soziale Preis nicht nur für die Konjunkturrückschläge und die Rezession, sondern auch für den erhöhten Rhythmus unseres Wirtschaftslebens, für die Rationalisierungsdynamik und den Leistungsdruck, dem mehr und mehr Menschen nicht gewachsen sind, Menschen, die darob einfach aus der Logik des Systems herausfallen.

Sind wir bereit, diesen Preis zu bezahlen?

Der Bundesrat beantragt in seiner Vorlage, angesichts der zugespitzten Situation den heutigen IV-Beitragssatz von 1,2 Prozent im Bundesgesetz über die Invalidenversicherung festzuschreiben und ihn zunächst einmal um 0,2 Prozentpunkte auf 1,4 Prozent zu erhöhen, mit der Möglichkeit allerdings, im Ausnahmefall sogar auf 1,5 Prozent gehen zu können.

Schon der Nationalrat hat ihm diesen kleinen Spielraum mit seinen Beschlüssen genommen. Er will es vorderhand bei den 1,4 Prozent belassen und die angesagte Erhöhung zudem durch eine entsprechende Senkung beim Beitragssatz der Erwerbsersatzordnung um 0,2 Prozentpunkte kompensieren. Die Gesamtbelastung bleibt damit also insgesamt konstant.

Die vorberatende Kommission Ihres Rates schliesst sich mit 9 zu 1 Stimmen dem Entscheid des Nationalrates an. Mehr als die kompensierte 0,2prozentige Erhöhung liegt, nach Auffassung der Kommission, im Augenblick nicht drin. Der Faktor Arbeit soll nicht ohne Not verteuert werden – nicht ohne Not und vor allem nicht ohne ersichtliches Konzept, ohne Aussicht auf Stabilisierung und Konsolidierung.

Unserer Kommission fehlt insbesondere die verlässliche Perspektive bei der Invalidenversicherung, die Hoffnung auf eine dauerhafte Besserung. Die Erhöhung auf 1,4 Prozent reicht nämlich nicht aus; soviel ist gewiss. Selbst die vom Bundesrat eingeplanten 1,5 Prozent hätten nicht ausgereicht! Die Defizite der nächsten Jahre sind vorprogrammiert. Schon für dieses Jahr wird mit einem Fehlbetrag von über 600 Millionen Franken gerechnet, vielleicht sogar mit bis gegen 700 Millionen, und die Defizite, obwohl sie sich verkleinern, bleiben auch in den kommenden Jahren bestehen und pendeln zwi-

schen 230 und 450 Millionen Franken. Aber eben: Sie verschwinden nicht, sondern sie kumulieren sich allmählich zu einer Schuld auf dem Kapitalkonto der Invalidenversicherung von bis zu 2,7 Milliarden Franken im Jahre 2000.

Von da her wäre es also heute schon dringend erforderlich, eine Weichenstellung vorzunehmen, und ohne gewisse zusätzliche Mittel, soviel ist gewiss, wird es auch in Zukunft nicht abgehen können. Es bedarf aber einer grundsätzlichen Analyse, die der Bundesrat bis anhin nicht geleistet hat. Es braucht eine Neukonzeption, um die Invalidenversicherung mittel- bis längerfristig zu konsolidieren und auf eine sichere Basis zu stellen.

Das System ist hochkomplex und schwerfällig geworden; Vereinfachungen sind möglich. Die Schnittstellen zu den anderen Sozialversicherungszweigen müssen besser ausgelotet werden. Die Finanzierung bedarf einer breiteren Basis, und auch die Disparitäten im Vollzug zwischen den Kantonen müssen analysiert werden.

Die Kommission Ihres Rates wird deshalb noch in dieser Session eine Motion einreichen, die dem Bundesrat genau diesen umfassenden Auftrag erteilt – einen Auftrag von hoher Dringlichkeit, zweifellos, der unverzüglich angegangen werden muss.

Wenn wir Ihnen also beantragen, dem Nationalrat zu folgen und es zunächst bei diesen 1,4 Lohnprozenten zu belassen, so nicht, weil wir glauben, dass die Sache damit gelöst oder auch nur vorübergehend vom Tisch wäre, sondern ganz im Gegenteil, weil die Sorge um die Invalidenversicherung unseres Erachtens nach einer Neuorientierung und finanziellen Fundierung verlangt, die die Botschaft in keiner Weise verheisst und die sich auch mit dem blossen Schraubeln am Beitragsatz letztlich auch nicht erbringen lässt.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Kommission, auf der ganzen Linie den Beschlüssen des Nationalrates zuzustimmen.

**Rüesch Ernst (R, SG):** Der Bundesrat schlägt uns ein sogenanntes Nullsummenspiel vor: Man nimmt bei der EO 0,2 Lohnprozente weg und gibt diese der IV. Die Sache ist kostenneutral, und die ganze Geschichte ist wunderbar. Der Bundesrat begründet, man könne dies ohne weiteres tun, weil die EO – gemäss Seite 11 der Botschaft – überfinanziert sei. Aber ist die Erwerbsersatzordnung tatsächlich überfinanziert?

Sie steht finanziell nur deshalb gut da, weil sie ihren verfassungsmässigen und gesetzesmässigen Auftrag zurzeit nicht voll erfüllt. Im Rahmen von Diskussionen um diesen Transfer wurde bisher zu wenig beachtet, dass die Dienstleistung in der Armee für viele Wehrmänner mit wesentlichen finanziellen Einbussen verbunden ist. Insbesondere bei länger dauernden Beförderungsdiensten summieren sich diese Einbussen bisweilen derart, dass sich immer häufiger fähige Wehrmänner, insbesondere Selbständigerwerbende und Landwirte, die militärischen Beförderungsdienste kaum mehr leisten können. Selbst Rekrutenschulen können finanzielle und soziale Probleme verursachen. Jedenfalls ist die Zahl der Rekruten, die Leistungen der Soldatenhilfe beziehen müssen, in jüngster Zeit massiv angestiegen. Die EO-Entschädigungen sind meistens zu gering. Es ist eine unruhliche Tatsache, dass die EO-Taggelder vieler Dienstleistenden wesentlich geringer sind als die Arbeitslosentaggelder, auf die ein Dienstleistender Anspruch hätte, wenn er, statt Korporal zu werden, in dieser Zeit arbeitslos wäre. Unser Staat behandelt also die Wehrmänner in Armee und Zivilschutz wesentlich schlechter als Arbeitslose. Das ist demotivierend für viele, die bereit sind, über die Weiterbildung diesem Staat einen zusätzlichen Dienst zu leisten. Es ist beinahe unzumutbar für diejenigen, die vom gleichen Staat mehr oder weniger sanft zur Weiterbildung gezwungen wurden.

Bisher haben die Arbeitgeber oft freiwillig aufgrund gesamtarbeitsvertraglicher Verpflichtungen die Differenz zwischen der EO-Entschädigung und dem vordienstlichen Lohn bezahlt. Wir stellen leider fest, dass diese Bereitschaft, insbesondere bei Beförderungsdiensten, geringer wird. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass der Arbeitgeber während länger dau-

ernder Dienstzeiten freiwillig den vollen Lohn zahlt. Viele Gesamtarbeitsverträge enthalten zwar Bestimmungen über die Lohnfortzahlungspflicht bei Militärdienstleistung.

Der Verweis auf die Gesamtarbeitsverträge vermag die Gesetzgeber von der Pflicht zu einer umfassenden Revision der Erwerbsersatzordnung aber nicht zu entbinden. In vielen Branchen existieren keine Gesamtarbeitsverträge, der Geltungsbereich diesbezüglicher gesamtarbeitsvertraglicher Vereinbarungen nimmt eindeutig ab. Eine parlamentarische Initiative im Nationalrat verlangt nun eine entsprechende Revision der EO. Es ist ausserordentlich problematisch, den Beitragsatz an die EO unter Missachtung des EO-Verfassungsauftrages zugunsten anderer Sozialversicherungen zu reduzieren oder die Mittel der Erwerbsersatzordnung für andere Zwecke zu verwenden.

Gemäss Bundesverfassung hat die Erwerbsersatzordnung einen angemessenen Ersatz des Lohn- und Verdienstaufalles infolge Militärdienstes zu bieten. Dieser Verfassungsauftrag ist zurzeit nicht erfüllt. Eine substantielle Erhöhung der EO-Entschädigungen ist deshalb unerlässlich.

Bevor ich diesem Transfer von 0,2 Lohnprozenten zustimmen kann, muss ich von seiten des Bundesrates wissen, was jetzt mit der EO passiert, ob wir bald eine Vorlage für eine Revision erhalten, ob der Bundesrat bald gedenkt, diesen Nachholbedarf endlich zu decken. Die EO-Mittel dafür wären vorhanden gewesen, nun werden sie offensichtlich transferiert.

Bevor ich zustimme, benötige ich entsprechende Zusicherungen von seiten des Bundesrates.

**Dreifuss Ruth, conseillère fédérale:** Je comprends tout à fait le souci qui vient d'être exprimé, et je vais m'efforcer de donner, dans la mesure où c'est possible au stade actuel, les informations demandées par M. Rüesch.

En transférant ces 2 pour mille de la masse salariale des allocations perte de gain à l'assurance-invalidité, nous avons bien sûr essayé, avant de faire cette proposition, d'estimer quel pouvait être le coût supplémentaire de la 6e révision de la loi fédérale sur le régime des allocations pour perte de gain en faveur des personnes servant dans l'armée ou dans la protection civile (LAPG) qui est prévue pour la législature en cours.

Les travaux ont déjà commencé pour cette 6e révision. Pour le moment, les travaux de l'administration ont consisté à voir quels étaient les problèmes qui se posaient, de façon à respecter effectivement le mandat constitutionnel et à tenir compte des besoins liés à l'exercice des activités militaires. Mais l'administration est aussi partie de l'idée qu'actuellement, de toute façon, le fonds de compensation APG avait accumulé, comme vous le savez, trois fois et demie la valeur des prestations annuelles à fournir. Il est donc évident que ce fonds est bien doté; est-ce qu'il le restera encore après les montants qui sont à l'étude pour la 6e révision?

Nous avons actuellement pris un certain nombre de contacts et d'avis sur ces besoins, qui sont surtout des besoins liés aux activités et au maintien des obligations familiales pour les personnes qui exercent une activité militaire. C'est-à-dire qu'il s'agit de tenir compte de ces obligations d'une façon plus adaptée que ce n'est le cas actuellement; sans oublier la nécessité d'améliorer l'allocation de base pour les personnes célibataires et les personnes mariées. Nous pensons également à la possibilité d'introduire une allocation pour éducation, afin de tenir compte de la charge particulière dans ce domaine, et d'améliorer l'allocation pour recrues.

Le montant total de ces prestations fait qu'au-delà de l'an 2000 le fonds de compensation APG disposerait encore d'un montant de l'ordre du double des dépenses annuelles, c'est-à-dire que, sans ressources, nous pourrions payer deux ans d'APG. Nous avons donc vraiment le sentiment, confirmé clairement par les informations qui nous ont été données par le Département militaire fédéral, que les décisions que nous pourrions prendre ici ne compromettraient pas la 6e révision de la LAPG. On parle maintenant d'un montant de l'ordre de 130 millions de francs supplémentaires pour les dépenses de l'APG, c'est un ordre de grandeur que nous avons envisagé. Ce montant pourrait être financé avec les ressources actuellement disponibles.

Ce sont les informations que je peux donner au stade actuel, mais nous espérons arriver dans le courant de l'année prochaine avec le message sur la 6e révision de la LAPG.

En ce qui concerne les autres points qui ont été soulevés, la décision du Conseil national et votre proposition ne satisfont pas le Conseil fédéral. Ce dernier, sachant que le taux d'équilibre dès 1994 est de 1,5 pour cent, estime qu'il ne faudrait pas prendre une décision dont on sait qu'elle devra être corrigée à très court terme, si l'on ne veut pas voir les déficits se creuser à nouveau dès cette décision prise.

Il est clair qu'aux yeux du Conseil fédéral le passage à 1,4 pour cent des cotisations serait nécessaire – ce qui serait déjà tardif à partir de 1995. Il avait donc l'intention, dans la proposition qui vous était faite, de passer à 1,5 pour cent à partir de 1997. Si vous vous ralliez à la proposition de votre commission et à la décision du Conseil national, le Conseil fédéral aura à revenir avec une nouvelle proposition d'augmentation des cotisations dans le courant de l'année prochaine ou de celle qui suit.

En ce qui concerne les problèmes de fond évoqués par M. le président de la commission, je me permets de réagir à la description fort juste qui en a été donnée. En particulier, un des problèmes qui se posent était effectivement celui d'arriver à plus d'unité de «doctrine» entre les différents cantons. Nous avons des différences d'application dans les cantons; celles-ci sont nées d'un système fédéraliste qui est valable pour la transposition locale des lois fédérales, mais qui a touché ses limites dans le cas présent.

Vous savez que nous avons maintenant mis en place des systèmes professionnels dans les différents cantons. Nous pensons de ce fait, en renonçant aux commissions de milice qui auparavant jouaient un rôle dans la détermination de la politique cantonale, arriver à plus de cohérence dans le système cantonal. Mais les problèmes tels qu'ils se posent sont essentiellement liés à la crise économique, au fait que le chômage rend malade, et les soupçons que certains portent sur les chômeurs qui seraient tout simplement «transférés» à l'assurance-invalidité ne sont pas complètement justifiés.

Ce qui est vrai, par contre, c'est qu'un chômeur de longue durée, après deux ou trois ans d'absence du monde du travail, est une personne dégradée sur le plan de sa santé, qui ne trouve plus sa capacité économique. Je vous rappelle que la capacité économique est la définition de l'invalidité selon notre loi.

En d'autres termes, nous pensons que nous avons du pain sur la planche; si vous suivez votre commission, nous lierons bien sûr la future demande d'augmentation des cotisations à un bilan de nos efforts en matière de meilleure cohésion des décisions cantonales. C'est surtout dans ce domaine que nous avons à agir.

Mais nous avons déjà entrepris dans ce domaine des contrôles plus rigoureux et faisons preuve de plus de sévérité face aux organisations que nous subventionnons. Sur ce plan-là, je ne crois pas que nous ayons beaucoup à gagner à accroître cette sévérité parce que, finalement, ce sont les invalides eux-mêmes qui perdent leur chance de réintégration.

Pour terminer, j'aimerais vous rappeler que la réintégration doit rester l'objectif prioritaire de l'assurance-invalidité. C'est une tâche difficile en période de crise, mais toutes les autres mesures, et en particulier les rentes, sont d'une façon ou d'une autre un aveu d'échec de notre monde économique qui n'arrive plus à intégrer des gens qui, très souvent, se sentiraient tellement mieux s'ils pouvaient avoir une activité prise au sérieux et reconnue par le monde économique.

Dans ce sens-là, il est parfois désolant de voir que des personnes qui ont passé dix, quinze, vingt ans de leur vie à subvenir à leurs besoins par leur travail se trouvent, je dirais presque du jour au lendemain, par un durcissement de la vie des entreprises, privées de ce droit. Ce n'est bien sûr pas un droit inscrit dans la constitution et il n'est pas facile à reconnaître dans la pratique, mais c'est en tout cas une aspiration très profonde, d'autant plus profonde que des gens ont le sentiment qu'ils ne sont pas pleinement pris au sérieux ni considérés à leur juste valeur.

Ce chapitre de l'assurance-invalidité est certainement d'autant plus douloureux qu'on a l'impression que notre société

est de moins en moins capable d'intégrer les gens qui, encore une fois, n'aspirent pas à autre chose qu'à pouvoir gagner leur vie, quels que soient les handicaps dont ils souffrent.

Je vous remercie non seulement d'entrer en matière, mais d'accepter pour le moins la proposition de votre commission et la décision du Conseil national. Je vous serais très reconnaissante de faire un effort supplémentaire et de nous permettre d'engager ce pour cent supplémentaire dont nous savons qu'il est absolument indispensable.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen  
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Ziff. I, II**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Titre et préambule, ch. I, II**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Entwurfes

30 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

94.3225

**Motion Kuchler**

**10. AHV-Revision (1. Teil).**

**Überführung**

**in das ordentliche AHV-Recht**

**10e révision de l'AVS (1ère partie).**

**Intégration au droit ordinaire de l'AVS**

*Wortlaut der Motion vom 13. Juni 1994*

Der Bundesrat wird ersucht, umgehend eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche es ermöglicht, die mit befristetem Bundesbeschluss vom 19. Juni 1992 eingeführten Leistungsverbesserungen in der AHV und der IV auf den 1. Januar 1996 unverändert in das Bundesgesetz über die AHV und in das Bundesgesetz über die IV einzufügen.

*Texte de la motion du 13 juin 1994*

La 1ère partie de la 10e révision de l'AVS consiste en des améliorations des prestations de l'AVS et de l'AI, réunies dans l'arrêté fédéral de durée limitée du 19 juin 1992.

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre au Parlement un projet selon lequel ces dispositions seront intégrées telles quelles, dès le 1er janvier 1996, dans la loi fédérale sur l'AVS et dans la loi fédérale sur l'AI.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Béguin, Bloetzer, Cavelti, Cottier, Danioth, Delalay, Frick, Gadiant, Gemperli, Huber, Meier Josi, Piller, Plattner, Roth, Rüesch, Salvioni, Schallberger, Schiesser, Seiler Bernhard, Simmen, Ziegler Oswald (21)

**Kuchler** Niklaus (C, OW): Bekanntlich dauert die 10. AHV-Revision bereits 15 Jahre. Und die Behandlung der Revisionsvorlage im Parlament hat sich vor allem wegen des vorgesehene Wechsels zum Splitting in den letzten Jahren immer wieder verzögert. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hat man

## **Erhöhung des IV-Beitragssatzes. Bundesgesetz**

### **Augmentation du taux de cotisation de l'AI. Loi**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.094
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.09.1994 - 18:15
Date	
Data	
Seite	802-804
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 681

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.